

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Janner.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Bettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 60.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 12. März 1919.

Jahrgang 1.

Der Herr wird sein Volk richten und seinen Knechten gnädig sein.
Psalm 135, 14.

Was ist Bolschewismus?

Bolschewismus, woher ist er gekommen, was will er und wohin führt er, so hat sich mancher im letzten Jahre gefragt, als die Bewegung in Rußland aufstauete, das gewaltige Reich in seinen Grundfesten erschütterte, an den Grenzen nicht halt machte und seinen Zug immer mehr nach dem Westen nimmt. Dr. Georg Baron Manteuffel nimmt in der „N. Pr. Zeitung“ dazu das Wort und führt über das Wesen des Bolschewismus folgendes aus:

Der Bolschewismus ist zweierlei: Ein Produkt russischen Wesens, russischer Geschichte und Entwicklung, und er ist die (zum Teil unbewußte) Reaktion gegen die Demokratie. Wer sich mit russischer Literatur befaßt hat, der wird bei Dostojewski, Tolstoi u. a. „bolschewistische“ Lehren finden, gar nicht zu reden von Modestrowski, wie die Werbizkaja und Arsybatschew (Szanin). Ein Volk mit einer solchen Liebe zum Mystischen muß einer Lehre erliegen, die die Anziehungskraft einer Religion hat. Diese Passivität und Leidensfähigkeit läßt es auch, all das Furchtbare widerstandslos zu ertragen, als es bei andern Völkern möglich gewesen wäre. Die russische Bourgeoisie hat so lange mit radikalen Ideen gespielt, ihre Jugend war derart politisch verseucht, daß sie dem ersten, nicht mehr gegen den Zarismus, sondern gegen sich gerichteten Ansturm widerstandslos erliegen mußte. Der Nihilismus, Anarchismus, revolutionäre Liberalismus und Sozialismus sind nicht im einfachen Volke entstanden, sondern von oben, ursprünglich von der höchsten Aristokratie in die breiten Massen getragen worden, in letzterer allerdings einen ungewöhnlich günstigen Boden findend. Alle Ideale, alle Begeisterung, alle Liebe zum Fortschritt und zum Vaterlande wurden von der Regierung 120 Jahre lang unterdrückt, und ihre Träger kamen naturgemäß in ein staatsfeindliches Fahrwasser, das noch durch die den Russen eigene Neigung zur Kritik und unfruchtbaren Selbstanalyse gefördert wurde. Daß Rußland ebenso lange eine Weltmacht ersten Ranges war, ist auf andere Ursachen zurückzuführen, ebenso wie die eigentümliche Tatkraft und Energie der jetzigen Machthaber sich wohl damit erklärt, daß sich unter ihnen nur ein Bruchteil wirklicher Russen befindet. Bei den sogenannten Kommissaren soll er 10 v. H. nicht übersteigen.

Die Theorie des Bolschewismus leugnet den Staat, die Nation, Grenzen usw. Der gegenwärtige russische Staat ist nur ein Mittel zum Zweck, der darin besteht, die Weltrevolution hervorzurufen und damit den Weltbolschewismus einzuführen. Der Bolschewismus geht im Gegensatz zur Demokratie von der Ansicht aus, daß die Menschen ungleich seien, und daß sie deshalb verschiedene Rechte haben müßten. Der primitive Mensch sei besser als der kultivierte, deshalb habe ersterer überall eine Bevorzugung zu genießen. Dem primitiven Menschen am nächsten steht der Arbeiter und der arme Bauer, die Klassen, welche mit der Hand arbeiten, folglich steht diese Arbeit höher als die geistige. Ein innerer Widerspruch ist es, daß gerade an der Spitze einer solchen Bewegung typische „Intellektuelle“ stehen und derartiges predigen können. Im Wahrsch, der Lebensmittelversorgung, Ausföhlung der Bürger aus ihren Wohnungen und Einquartierung des Proletariats daselbst ergeben sich die praktischen Forgerungen dieser Theorie. Bis jetzt gab der wissenschaftliche Sozialismus der republikanischen Staatsreform vor der monarchistischen den Vorzug, weil die erstere angeblich demokratischer sei. Das tun die Bolschewiki nicht. Sie stützen

eine sozialdemokratische Republik, denn das war Rußland während der Kerenski-Ära. Amerika mit seinen Trusts und Syndikaten, Frankreich, das nicht einmal die Einkommensteuer kennt, ebenso wenig wie verstaatlichte Eisenbahnen usw. usw., sind in ihren Augen vom bolsche-

Deutschlands Trauer

um 800 000 seiner in Feindesland als Gefangene zurückgehaltenen Söhne

soll es der Welt zum eindringlichen Bewußtsein bringen, daß schon

das Gebot der Menschlichkeit die sofortige Freigabe der deutschen Gefangenen in Feindesland fordert.

Zur brennenden Schmach würde es der Welt gereichen, wenn der beendigte Waffenkrieg fortgesetzt werden müßte zu einem Kriege zur Befreiung von Hunderttausenden deutscher Soldaten, die zu Sklavendiensten herabgewürdigt werden.

Deutschland ist außer Stand gesetzt worden, seiner tiefen Trauer um das seinen Söhnen zugesagte Unrecht anders als durch Notschreie Ausdruck zu verleihen.

Das Gewissen der zivilisierten Welt muß durch diese Wehklage erweicht werden und diejenigen Gewalten zur rettenden Tat aufrufen, denen die Macht gegeben ist,

schreiendes Unrecht zu beseitigen!

Deutschlands Trauer

kann nicht gemildert werden, bevor nicht der letzte seiner durch den Krieg in Gefangenschaft geratenen Söhne aus unwürdigem Fremdienst befreit ist.

wirtschaftlichen Ideal noch viel weiter entfernt, als das frühere monarchische Deutschland. Daß die Parlamente, die in den erstgenannten Ländern besonders korumpiert sind, die Willensmeinung des Volkes wiedergeben, wird nicht geglaubt, deshalb wird auch der Parlamentarismus bekämpft, denn er beabsichtigt — äußerlich wenigstens — die Regierung in die Hände der Vertreter der Majorität zu legen. Nun erkennen die Bolschewiki zunächst, daß die einzelnen Individuen nicht gleichwertig sind, den Begriff der Majorität in dem Sinne, daß diese stets das Klügere und Bessere wolle, nicht an. Dann behaupten sie, daß in allen Ländern, welche vorgeben, demokratisch regiert zu werden, dies gar nicht der Fall sei, sondern daß dort, vermitteltst sogenannter demokratischer Systeme, der Kapitalismus ganz besondere Blüten treibe. Dabei wird, ob bewußt oder unbewußt, wieder auf die Republiken hingewiesen. Vollständig und demokratisch ist es auch, wenn die Bolschewiki lehren, daß nicht der Wille des Volkes, da, wie sie sagen, nie ein solches in seiner Gesamtheit politische Erkenntnisse haben kann, maßgebend sein solle. Besonders erleuchtete Männer, und das sind nur die, die sich die maximalistische Lehre völlig zu eigen gemacht, haben das Recht und die Pflicht, das Volk in ihrem Sinne zu führen, bezw. ihm zuzuführen. Wenn es nötig ist, auch mit Gewalt. Was bedeuten die paar Opfer gegen das Glück, das künftiger Generationen harret? Muß nicht ein jeder, der die Wahrheit erkannt hat, den heiligen Drang in sich fühlen, auch den Widerstrebenden zu seinem

Heile zu zwingen? Erfährt nicht Millionen Begeisterung, wenn ihnen gepredigt wird, daß die Armen gut, weil sie arm, und die Reichen schlecht, weil sie reich seien! „Kommt her zu mir, alle die ihr mühselig und beladen seid!“ Millionen folgen willig diesem Rufe und nicht nur in Rußland. Lenin hat recht, wenn er sagt, der Bolschewismus sei nicht auszusperrten, er dringe durch jede Mauerzige. Daß es Sirenentöne waren, die zum gräßlichen Untergange lockten, haben die Bewohner Rußlands längst erkannt, aber es ist zu spät. Die Geister, die sie riefen, werden sie nun nicht mehr los.

Das ununterbrochene Streben der Demokratie ist es, möglichst viele am Wahlrecht teilnehmen zu lassen. Wie sich die Bolschewiki dazu stellen, wurde schon ausgeführt. Sie gehen aber weiter. In ihren Augen ist es gerade keine sehr weitgehende Teilnahme am Staatsleben, wenn dem Einzelnen gestattet wird, alle paar Jahre einmal an die Wahlurne zu treten. Da sind die Sowjets etwas anders. Sie stammen zwar aus der Kerenski'schen Zeit, der sie als Demokrat zugunsten der Nationalversammlung einzuschränken versuchte. Aber sie waren die ersten, die zu den Bolschewiki übergingen. Die Sowjets, so argumentieren sie, sind viel bessere Vertreter der (maximalistischen) Willensmeinung des Volkes, da sie jedesmal einen kleinen Wählerkreis repräsentieren, mit diesem in ständiger lokaler Fühlung stehen und mit den Wählern den Beruf gemeinsam haben. So sind sie nichts anderes als eine, wenn auch verzerrte, berufsständische Vertretung der Handarbeitenden. Die Bourgeoisie freilich dürfte keine Sowjets bilden.

Der Terror ist nicht ein Teil der bolschewistischen Weltanschauung. Er sieht sich zu seiner Anwendung gezwungen, da es leider immer wieder Menschen gibt, die sich seiner allein seligmachenden Lehre nicht fügen wollen. Aus Gründen, die hier der Erörterung nicht unterliegen, sind die Greuel, die Rußland zu einer Stätte der Verzweiflung, zu einem Meer von Blut und Tränen gemacht haben, nur zum allergeringsten Teil in Deutschland bekannt geworden. Wenn der Bolschewismus einen Namen verdient, so ist es sicher, daß frömmere Zeiten seine Propheten als Soldknechte des Antichrists bezeichnet hätten.

Hoffnungen — Enttäuschungen.

Daß nach einer Kriegsdauer von 4 Jahren auch in der Front eine gewisse Müdigkeit Platz greift, ist sehr wohl verständlich. Das war auch bei dem Truppenteil, dem der Unterzeichnete angehörte, zu bemerken.

Anfang Oktober lag unsere Division, nachdem sie schwere Tage hinter sich hatte, bei Gent in Heeresreserve. Am Sonntag, den 5. Oktober, kommt ein Schuhmann aus Gent zu unserem Quartierwirt und bringt die Nachricht: „Es gibt Frieden.“ Allgemeine Freude bei den Quartierleuten, — die junge Frau läßt zur Feier des Tages das Grammophon spielen; denn dann kommt ja ihr Mann, dem sie kurz vor Kriegsausbruch angetraut wurde und der sich in der belgischen Front befand, zurück. Lange hat sie nichts von ihm erfahren. „Wird das eine Freude sein“, sagt sie glückselig zu uns, die sie als brave Soldaten bezeichnet. Wir nehmen die Sache nicht ernst. Zu oft schon hat man Enttäuschungen erlebt.

Später erfuhren wir dann, daß es sich um das Waffenstillstandsangebot der Regierung des Prinzen Max an den Präsidenten Wilson handelte.

Einige Tage später wurden wir — eben sanft in Morpheus Armen entschlummernd — alarmiert, um nach vorn geschoben zu werden. Traurig sehen unsere Quartierleute, die ganze Nacht bis zum Abmarsch bleiben sie auf den Beinen, — die braven Soldaten, wie sie uns feierlichst bezeichnen, — ziehen.

Nochmals liegen wir einige Tage in einem Städtchen, allerdings in höchster Alarmbereitschaft, im Quartier.

Nachts bombardiert ein feindliches Bombengeschwader das selbe. Alles kracht und zittert.

Trotzdem meinte mein Kamerad: „Es gibt doch Frieden.“

Noch öfter, wenn eine Granate einschlug, sind die Worte des Schutzmannes aus Gont: „Es gibt Frieden“ von den verschiedensten Seiten geprägt worden.

Vierzehn Tage später. Die Verhandlungen zwischen Berlin und Washington werden weiter geführt. Wir sitzen abends im Kriegslazarett in Giesegheim im engsten Kreise, die politische Lage besprechend, unter uns der Stationsleiter, ein Sanitätsfeldwebel. Letzterer meint, ein großer Teil in der Heimat und Front hätte die Auffassung, wir würden nach Kriegsende wieder denselben Zustand wie vor dem Kriege haben. Das seien jedoch Illusionen. Einige Kameraden und ich stimmten ihm zu.

Die Entwicklung hat dem Sanitätsfeldwebel recht gegeben. Wer vorher der Meinung war, unsere Gegner würden für eine Verständigung sein, ist grausam enttäuscht worden. Das haben die Annahme der Bedingungen im Walde von Compiègne und jene weitere Verhandlung in Trier bewiesen. Deutschlands Volkswirtschaft wird auf Jahre hinaus von der Entente abhängig sein. Die am schwersten Betroffenen sind die Arbeiter; denn es ist selbstverständlich, daß die Feinde bei der Belieferung von Rohstoffen erst ihren Bedarf decken, und der Rest bleibt für — Deutschland. Unsere Kolonien, die eventl. noch in Betracht kommen könnten, bekommen wir höchstwahrscheinlich nicht wieder.

Da wird vielleicht eingewendet: „Dann wird ausgewandert, wie es vor 1870, als Deutschland noch vorwiegend Agrarstaat war, der Fall gewesen ist.“

Aber wohin? Das ist eine schwere Frage.

Hoffnungen — Enttäuschungen.

So mancher Frontsoldat, der glaubte, nach Kriegsende in angenehme Verhältnisse zu kommen, ist grausam enttäuscht worden.

Die am 9. November ausgebrochene Revolution, die angeblich „international“ sein wollte, hat das alte Regiment gestürzt.

Die demokratische Republik ist an die Stelle der Monarchie getreten.

Was erleben wir jetzt? Überall, wohin man schaut, Rebellion, partaisittliche Umtriebe. Wo früher ein Nachwächter genügte, muß heute eine Bürgerwehr eingerichtet werden, um Leben und Eigentum zu schützen.

Das Schillerwort: „Heil'ge Ordnung, segensreiche Himmelstochter“ hat keine Geltung mehr.

Armes Deutschland!

„Ist denn keine Salbe in Gilead, oder ist kein Arzt da?“

Ein ehem. Frontkämpfer.

Die Westfälische Provinzialsynode

Heute am Donnerstag in achtsündiger Sitzung ihre Verhandlungen fort. Generalsuperintendent D. Zoellner legt die Ziele des „Ev. Kirchenbundes für Westfalen“ dar, der das treue Kirchenvolk zum inneren Aufbau der Gemeinde und zur Abwehr gewalttätiger Eingriffe des Staates in das innere Leben der Kirche sammeln will, und fordert zum allseitigen Beitritt auf. Zu den Forderungen über das künftige Verhältnis von Kirche und Staat wird noch folgendes hinzugefügt: „Wir fordern das Weiterbestehen der theologischen Fakultäten als untrennbaren Bestandteil der Universitäten, die Kraft ihres Charakters als universitas literarum. Da der Staat religionslos geworden, verlangt das Lebensinteresse der Ev. Kirche eine stärkere Einwirkung auf die Besetzung der theologischen Fakultäten. Sie geschieht in der

Weise, daß die theologischen Fakultäten im Einvernehmen mit dem Provinzialsynodalvorstand unter Zustimmung der obersten Kirchenbehörde dem Ministerium wenigstens drei Persönlichkeiten vorschlägt, aus denen der Staat eine beruft.“

Den weitesten Raum nimmt die Frage des Neubaus der Kirche ein. Die Verhandlung steht sichtlich unter dem Eindruck des Bewußtseins der außerordentlichen Stunde, die für die Zukunft unserer Provinzialkirche von unabsehbarer Bedeutung ist. Nach eingehender, ernster Aussprache und voller Würdigung mancher schwerer Bedenken gegen die notwendig gewordenen Neuerungen werden folgende grundsätzlichen Entschlüsse zumeist in voller Einmütigkeit gefaßt:

Den Frauen soll vom vollendeten 24. Lebensjahre an das aktive und passive Wahlrecht zur Repräsentation, zum Presbyterium und zu den synodalen Körperschaften innerhalb des Rahmens der bestehenden Vorschriften der Kirchenordnung gegeben werden. Für die Kirchengemeinden und synodalen Körperschaften wird die Verhältniswahl eingeführt. Dessenunbeschadet wird im § 10 der Generalsynodalordnung festgehalten, nachdem landeskirchliche Gesetze in den westlichen Provinzen unter Zustimmung der westfälischen und rheinischen Provinzialsynode Gültigkeit erhalten.

Der Schutz der kirchlichen Minderheiten soll kirchenrechtlich gesichert werden. Zu dem Zweck soll den Minderheiten, wo solche in der Gemeinde vorhanden sind, nicht nur Sitz und Stimme in den kirchlichen Körperschaften durch Einführung der Verhältniswahl gegeben, sondern auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß in Gemeinden, wo mehrere Pfarren vorhanden sind, eine dem Verhältnis gemäße Zahl von Geistlichen, die der Glaubensrichtung der Minderheit entspricht, für Predigt, Sakramentsverwaltung, Seelsorge und Konfirmandenunterricht angestellt wird. Wo sich dies nicht ermöglichen läßt, ist auf Antrag einer noch näher festzustellenden Zahl von Gemeindegliedern ein anderer Geistlicher der Landeskirche zu diesem Zweck auszuwählen. Für die Minderheiten ein Anrecht auf Kirchen- und Konfirmandenräume gewährt.

In Erwägung, daß Träger des kirchlichen Lebens nicht das Einzelmitglied, sondern die Gemeinde ist, lehnt die Provinzialsynode für die Wahlen zur verfassungsgebenden Kirchenversammlung Urwahlen mit aller Entschiedenheit ab; sie will vielmehr nach Möglichkeit die Listenwahl mit der Festhaltung des organischen Aufbaues verbinden (Gemeindevertretung, Kreis-, Provinzial-, Generalsynode). Die für Westfalen in Aussicht genommene Erhöhung der Vertreter auf der Generalsynode von 12 auf 18 wird für angemessen gehalten. Die von synodalen Stellen anerkannten Verbände der Inneren Mission sollen auf allen synodalen Stufen eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung erhalten. In Anbetracht der wachsenden Bedeutung, die in der künftigen Entwicklung der Kirchen den Synoden zukommt, wird eine häufigere Tagung der Provinzial- und Generalsynode gefordert. Zur Erleichterung und Verfürgung der Arbeit auf der Provinzialsynode werden für kirchenrechtliche Fragen, Unterrichtsangelegenheiten, Liturgisches und Kollektenswesen Dauerausschüsse eingesetzt, die die Vorlagen der Synoden vorbereiten sollen.

Der letzte Tag der Provinzialsynode

hatte die schwerwiegenden Fragen des Religionsunterrichts in der Schule zu erledigen. Es wurde folgende Entschliessung angenommen, die zumal für evangelische Eltern- und Lehrerkreise von außerordentlicher Bedeutung sind.

1. Von allen Schulen, den konfessionellen, den paritätisch-simultanen mit getrenntem konfessionellen Religionsunterricht, den interkonfessionellen mit einem gemeinschaftlichen allgemeinen Religionsunterricht in Religionskunde und den völlig religionslosen Schulen mit einem der religiösen Begründung entkleideten absoluten Moralunterricht sind die konfessionellen die Modellschulen.

zeichnen. Den Kaiser hinstellen zu wollen als einen grauenhaften Wüterich, der leichten Herzens, voll Überhebung, getrieben von der Begierde der Machterweiterung zum Kriege sich angelockt habe, wie es auf Pariser und Londoner Kanzeln geschehen ist, ist das Unterfangen einer so grenzenlosen Unkenntnis, daß es schwer ist, den Rednern irgendwie den Schutz des „guten Glaubens“ zuzubilligen. Welche Schmach aber, wenn deutsche Stimmen sich nicht entblödet haben, diese Übernehmungen gläubig nachzuplappern. Der Kaiser hat mit warmer Liebe und treuer Fürsorge seiner evangelischen Kirche sich angenommen und des Bekenntnisses zu ihr sich nicht geschämt. Sie hat Grund, nie zu vergessen, was sie ihrem königlichen Bischof verdankt. Er hat aber, obwohl überzeugter und treuer Protestant, ebenso gerecht und weitherzig der katholischen Interessen sich angenommen, auf das einträchtige Nebeneinanderleben und Zusammenwirken der Kirchen im Wettstreit der Liebestätigkeit hingearbeitet.

Diese religiöse Eigenart des Kaisers und des Kaiserpaars hat ihre sittliche Betätigung in dem reinen und vorbildlichen Familienleben gefunden, an dem unser ganzes Volk sich hat erfreuen dürfen. Wer auf der Höhe steht, wird von vielen gesehen, auch von vielen Unbewußten kritisiert. Seit länger als 30 Jahren hat jeder denkbare Klatsch und böse Nachrede das persönliche und häusliche Leben des Kaiserpaars durchspürt. Auch nicht ein Schatten ist davon hingehen geblieben. Ich glaube, daß man kühn fragen kann, wo unter ähnlichen Verhältnissen das Gleiche sich findet.

Ich möchte daran erinnern, wie der Kaiser zu einer Zeit, wo man in keinem der heute angeblich für die Zivilisation kämpfenden Länder an dergleichen Dinge dachte, im Verfolg der sozialen Botschaft seines Kaiserlichen Großvaters als erster Fürst freudig die dort gegebenen Richtlinien, den Gedanken einer sozialen Gesetzgebung aufnahm und in ersten Beratungen im Staatsministerium den Gedanken eines sozialen Königtums vertrat. Manche mißverstandenen und vielleicht auch, weil aus der Erregung des Augenblicks gesprochen, wirklich mißverständlichen

2. Von dem neuen Staate muß gefordert werden, daß er mit der Gewissensfreiheit ganzen Ernst macht und darum nicht nur die persönliche und die korporativ-kirchliche, sondern auch die erzieherische Gewissensfreiheit gewährleistet. Letztere besteht nur dann, wenn über den religiösen Charakter der Schule weder der Staat noch die politische Gemeinde normendbestimmend bestimmt, sondern wenn diese Bestimmung den Eltern für ihre mündigen Kinder überlassen bleibt.

3. Sollen die Eltern das Bestimmungsrecht über die religiöse Erziehung der Kinder ausüben, dann müssen sich diejenigen, die in Erziehungssachen gewissenhaft sind, also vor allem in ihrer religiösen Überzeugung übereinstimmen, zu besonderen Erziehungsgemeinschaften, sogenannten Schulgemeinden, zusammenschließen können, zwecks Einrichtung einer Schule nach ihrem Herzen.

4. Träger der Schullasten kann und muß trotzdem wegen der breiteren tragfähigeren Schultern die bürgerliche Gemeinde bleiben oder der Staat werden, so daß an dem öffentlichen Charakter der Schulen nichts geändert zu werden braucht.

5. Die Zersplitterung des Schulwesens, die der erzieherischen Gewissensfreiheit der Eltern zuliebe ohne Zweifel eintreten würde, hat ihre durch die öffentlichen Geldmittel sowohl als auch durch die Anforderungen, die an die unterrichtlichen Leistungen der Schule gestellt werden müssen, bestimmten Grenzen. Zwergschulen sind zu vermeiden. Ist eine in ihren Erziehungsgrundlagen einige Eltern Gemeinde zu klein, so kann für sie keine besondere Schule eingerichtet werden. Ihre Kinder haben dann eine der anderen Schulen zu besuchen mit der Maßgabe, daß die religiöse Unterweisung für sie eine besondere ist.

6. Für den Fall, daß der neue Staat die erzieherische Gewissensfreiheit anerkennt und es deshalb auch in Zukunft noch konfessionellen Religionsunterricht in seinen Schulen gibt, sei es in Konfessions- oder in Simultanschulen, so hat der Staat in vollem Einvernehmen mit der Kirche und unter ihrer tatkräftigen Mitwirkung für die Ausbildung der Religionslehrer zu sorgen und auch festzusetzen, was religiöser Lehrstoff der Schule sein soll. Er hat die Aufsicht des Religionsunterrichts durch von der Kirche bestellte Fachleute zu gestatten. Keine Lehrperson darf mehr gehalten sein, gegen ihre Überzeugung noch Religionsunterricht zu erteilen.

7. Wenn aber von Staatswegen nur ein allgemeiner Religions- oder gar Moralunterricht in den Schulen erteilt wird, so muß den Eltern, die für ihre Kinder konfessionellen Religionsunterricht wünschen, das Recht gewährleistet werden, daß diesen Kindern unter Befreiung von dem allgemeinen Religions- oder Moralunterricht eine besondere konfessionelle religiöse Unterweisung durch Beauftragte der Kirche im Rahmen des Schulstundenplans und in den Schulgebäuden erteilt wird. (Das Nebeneinander von Unterricht in Staatsreligion und kirchlicher Religion muß aus pädagogischen Gründen unbedingt vermieden werden.)

8. Sofern der Staat überhaupt nicht mehr oder soweit er nicht für konfessionelle Jugendunterweisung in den Schulen sorgt, ist es Sache der kirchlichen Synoden, Religionslehrer auszubilden und ihnen besondere Lehraufträge zu erteilen. Ebenso muß die Kirche durch eigene dazu von den Synoden bestimmte Fachleute, die ebensoviel Schulmänner wie Geistliche sein können, den dann allein in ihrem Auftrage erteilten Religionsunterricht beaufsichtigen. Das gilt sowohl für die Volksschulen als auch für die mittleren und höheren Schulen.

9. Lehnt der Staat es ab, daß in seinen Schulen konfessioneller Religionsunterricht erteilt werden kann, so ist die Gründung von Privatschulen zu gestatten, damit wenigstens auf diesem Wege Gewissensfreiheit gewährleistet wird. Freitagvormittag nach 11 Uhr schloß der Vorsitzende die viertägige, hochbedeutende Tagung mit Dank und Segens-

Worte des Kaisers werden in gehäffiger Weise in bestimmten Kreisen unseres Volkes heute verbreitet. Nach meiner festen Überzeugung ist jene Gefinnung, wie sie in der Botschaft Kaiser Wilhelms I. ihren Ausdruck gefunden hat, während seiner ganzen Regierungszeit die gleiche geblieben.

Hat man den Hohn vergessen, mit dem gerade um seiner Friedensliebe willen die Zeitungen in den dem Kriege vorangehenden Jahren den Kaiser überschüttet haben? Englische Blätter, die mit vorliegen, und die heute den gewandten Sprung auf die entgegengesetzte Seite längst vollzogen haben, haben damals den Kaiser als den Hort des Friedens gefeiert. Es gehört zur furchtbaren Tragik, daß er, der unter den Regierern der Völker einzig wirklich friedliebende Monarch, zum Kriegsfürsten gepreßt wurde, daß er, der Zeit seines Lebens in jeder Form die Annäherung der Völker erstrebte, erleben muß, wie man in schmachvoller Verkennung ihn aus dem Völkerbund sogenannter Eintracht verbannt, daß er, dem man eher eine zu große als zu geringe Sympathie für fremde Eigenart vorwerfen könnte, zum Gegenstand des Hasses aller gemacht wird. Dreimal Schmach aber, wenn sein eigenes Volk sich an dieser ehrenlosen Verleumdung beteiligt!

Wider seinen Willen ist Kaiser Wilhelm in die größte Katastrophe der Weltgeschichte hineingezogen und von ihr verschlungen worden. Wie die Geschichte sein Bild einst zeichnen wird, sei ihr überlassen. Mag sein, daß sie ihm vorwerfen wird, wie er bei seiner überraschenden und scharfsinnigen Auffassungsgabe und seinem Interesse für jedes wissenschaftliche Problem, das ihm entgegengebracht wurde, vielleicht nicht immer die Gefahr der Zersplitterung überwand, die mehr als das Mögliche umfassen wollte. Seinem ersten, lauten Charakter, seiner Herzengüte, seinem starken Vertrauen zu den Männern, die er berief, seiner vornehmen Gefinnung, mit der er mehr als einmal eintrat für das, was andere verschuldet hatten, der Reinheit seines Strebens, kurz allem, was denen, die ihn lieben, seine Gestalt für immer unvergänglich machen wird, wird sie Ge-
reißigkeit widerfahren lassen.“

Der Streit um die Person des Kaisers

hat dem Oberhofprediger D. E. von Orpander u. a. zu folgenden bemerkenswerten Äußerungen Veranlassung gegeben:

„Ich beabsichtige nicht in eine politische Erörterung einzutreten, wohl aber etwas auszusprechen, was in eminentem Sinne innerhalb meines Bereiches, meiner Kenntnis und meiner Befugnis liegt, und wozu mich ebenso mein Amt wie das Bedürfnis des Herzens und die Pflicht der Gerechtigkeit treibt.“

Wofür ich eintreten muß, ist die nach meiner Überzeugung unanfechtbare und laute Integrität der Person des Kaisers. Diese Lauterkeit des Charakters ergibt sich mir in erster Linie daraus, daß nach meiner festen Überzeugung der Kaiser ein ernster, schlichter, aufricht frommer evangelischer Christ ist. Seit der Prinz Wilhelm als frühlicher Student in Bonn vor meiner Kanzel saß und anlässlich ersten Erlebens — es fiel in jene Zeit das Nobilitäts Attentat auf Kaiser Wilhelm I. — mir ernste Worte schrieb, bis zu den langen Jahren, in denen ich ihm als Kaiser mit immer neuer Freude und Genugtuung habe dienen dürfen, habe ich nie einen anderen Eindruck von ihm empfangen. Es liegt in der Natur der Sache, daß ich nur mit voller Zurückhaltung hierüber rede; aber ich darf doch an Stunden und Worte erinnern, die auch anderwärts hinlänglich bekannt geworden sind, an väterlich ernste Mahnungen aus dem Munde des Kaisers bei der Konfirmation seiner Söhne, wie sie schöner aus seines Vaters Munde kommen konnten, an bedeutsame Worte und Bekenntnisse, die in der Öffentlichkeit ausgesprochen wurden. Ich möchte gegenüber aus der Luft gegriffenen Gerüchten ausdrücklich bezeugen, daß ich nie etwas Unnützes, ungesund Schwärmerisches, Frömmelndes in dieser Frömmigkeit des Kaisers bemerkt habe: man müßte denn die ernste und heilige Bewegung, mit der im Bewußtsein ungeheurer Verantwortung der Kaiser sich zum Auszug ins Feld in der Feier des heiligen Abendmahls rüstete, selbst schon als eine Schwärmerie be-

wurde. I
meinen
allen eva
Spannung

Wochen
Schmädel
aber verg
erstens d
nach in d
man zwei
solle, nia
in Weima
nur an ei
daselbe
„deutsch-
bessere Ge

Gewiss
hat sicher
wiß in de
Partei ein
belaftet i
— die gl
und Herbe
Nach der
nationali
Demokrati
veränderte
Leute blie
den „nati
die Deutsc
christlich
es ist nicht
flört, was
geschaffen
der demoi
vember bi
Reich, ein
Es sch
darüber a
Recht. Der
Fraktion
partei sei
Regierung
Konfervat
hört, ist u
dieselben
Kanden in
Gefellschaf
Denn eben
v. Delbrü
Verfassung
klärung i
was zu re
deutsch em
Die Demo
undvierzig
auf den
ersten der
Deutschlan
haupt —
„Delbrü

Trotzte die
konfervati
Schirmach
in dieser
für jedern
machen w
Die alten
wechselt h
ewig unv

Ein
im Unter
verbreite
die am
erklärte,
nichts ge
er könne
dieser g
Fert

trag, de
len habe
ten. Vor
Beträge,
worden
oder nid
Standpun
bis zur
zahlen in
zung kön

Ben
werde es
habe, ein
er stimm
Aberein,
ein raiß
daß Dani
wieder i
Bon
daß Deut
WIL. 18
600 WIL
Das
seht in
liches, d
gendes

rt werden, daß er
macht und darum
tio-fischliche son-
eit gewährleistet.
den religiösen
noch die politische
ndern wenn diese
en Kinder über-

gsrecht über die
dann müssen sich
wissenseinig find,
zeugung überein-
meinschaften, so-
ßen können, zweck-
en.

ie trotzdem wegen
e bürgerliche Ge-
so daß an dem
geändert zu wer-

s, die der erzie-
he ohne Zweifel
die an die unter-
werden müssen, be-
vermeiden. In
e Elterngeheimde
Schule eingerichtet
anderen Schulen
religiöse Unter-

ie erziehlische Ge-
auch in Zukunft
in seinen Schulen
tansschulen, so hat
der Kirche und
die Ausbildung
festzusetzen, was
r hat die Aufsicht
che bestellte Fach-
f mehr gehalten
ionsunterricht zu

ein allgemeiner
den Schulen er-
Kinder konfessi-
s Recht gewähr-
Befreiung von
unterricht eine be-
ung durch Beauf-
stundenplans und
s Nebeneinander
schlicher Religion
dingt vermieden

mehr oder soweit
weisung in den
Synoden, Religi-
ere Lehraufträge
eigens dazu von
bensowohl Schul-
dann allein in
erriacht beaufstich-
als auch für die

nen Schulen kon-
den kann, so ist
en, damit wenig-
wahrleistet wird.
er Vorsitzende die
ant und Segens-

Beise in bestimm-
tet. Nach meiner
ie in der Bot-
d gefunden hat,
gleiche geblieben.
gerade um seiner
den dem Kriege
erschüttert haben?

die heute den ge-
Seite längst voll-
als den Fort des
aren Tragik, daß
gig wirklich fried-
preßt wurde, daß
die Annäherung
in schmachtvoller
sogenannter Ein-
e zu große als zu
vorwerfen könnte.

t wird. Dreimal
ch an dieser ehr-
lm in die größte
gen und von ihr
e sein Bild einfl-
daß sie ihm vor-
enden und schär-
interesse für jedes
angebracht wurde.

splitterung über-
n wollte. Seinem
eigenschaften, sei-
er berief, seiner
s einmal eintrat
Reinheit seines
lieben, seine Ge-
rd, wird sie Ge-

wurde. Die Ergebnisse der 28. Prov.-Synode, die bei den
meisten Entschlüssen völlig einmütig war, werden von
allen evangelischen Einwohnern Westfalens mit großer
Spannung erwartet und mit Befriedigung begrüßt werden.

Die neue Partei.

Wochenlang haben die Redner der roten Regierung ihre
Schnäbel an den bösen Konservativen gewetzt. Wiederholt,
aber vergebens wurden sie darauf aufmerksam gemacht, daß
erstens diese Polemik nicht gerade das Notwendigste sei, wo-
nach in dieser Stunde das Vaterland verlange, und daß
man zweitens sich doch an vorhandene Parteien wenden
sollte, nicht an aufgelöste. Das haben die Mehrheitsmänner
in Weimar als parteipolitischen Trick belacht. Sie wollten
nur an einen Firmenwechsel glauben; das Warenlager sei
dasselbe geblieben, die Inhaber die gleichen, nur als
„deutsch-national“ hießen die alten Konservativen jetzt
bessere Gesichter zu machen.

Gewiß: der größte Teil der konservativen Wählerschaft
hat sicher diesmal deutsch-national gewählt. Aber ebenso ge-
wiß in dem Bewußtsein, daß sie damit für eine völlig neue
Partei eintritt, die mit keinerlei Passiven aus alter Zeit
belastet ist und die besten Aktiva der konservativen Partei
— die glänzenden parlamentarischen Führer, die Westarp
und Heydebrand — als Leiter nicht mit übernommen hat.
Nach der Schlacht von Königgrätz entstand in Preußen die
nationalliberale Partei; ihre Wähler waren die der alten
Demokratie, und doch war es etwas ganz neues, denn die
veränderte Zeit verlangte ein verändertes Programm. Diese
Leute blieben liberal, was sie gewesen waren, aber sie wur-
den „national“ im Sinne der Regierung. So ist heute auch
die Deutschnationalen Volkspartei genau so monarchistisch und
christlich und deutsch, wie nur die konservative es war. Aber
es ist nichts mehr zu konservieren geblieben. Es ist alles zer-
stört, was Deutschland groß gemacht hat. Es muß Neues
geschaffen werden, — und zu diesem Neubau gehört heute
der demokratisch-parlamentarische Märkel. Vor dem No-
vember brauchten wir ihn nicht. Da hatten wir noch ein
Reich, eine Regierung, ein Heer.

Es scheint, daß nun endlich auch der Mehrheit ein Licht
darüber aufgeht, daß sie sich einer neuen Partei gegenüber-
setzt. Der unbeträchtliche Herr Koch von der demokratischen
Fraktion meinte zwar noch, die Deutschnationalen Volks-
partei sei lediglich die oppositionelle Ausgabe der bisherigen
Regierungskonservativen. Aber schon die Behauptung, die
Konservativen hätten zur Regierung der letzten Jahre ge-
hört, ist unwahr. Der Bethmann-Bloed regierte, das waren
dieselben Parteien, die jetzt regieren; und die Konservativen
hätten in schärfster Gegnerschaft zu dieser schlaffnationalen
Gesellschaft. Aber Herr Koch war auch nicht ganz geueuer.
Denn eben erst hatte der ehemalige Staatsminister Dr.
v. Delbrück vorzügliche Ausführungen über alte und neue
Verfassung gemacht, die in dem Bekenntnis zur Machtver-
stärkung des Einheitsstaates — man muß ja jetzt retten,
was zu retten ist — sogar den Demokraten, soweit sie noch
deutsch empfinden, ganz aus dem Herzen gesprochen waren.
Die Demokratie ist versteinert geblieben, ist die alte Wirt-
schaftsministerin mit dem schwarz-rot-goldenen Fächerchen, das
auf den von Hannibal Fischer schmählich versteigerten
ersten deutschen Kanonenbooten niedergeholt wurde. Die
Deutschnationalen Volkspartei dagegen ist vielleicht über-
haupt — die einzige Partei im jetzigen Reich.

„Delbrück ist ja gar kein Konservativer!“ sagen sich zum
Trotz die aus dem Text gebrachten Demokraten. Gewiß,
konservativ ist auch nicht Dr. Traub, auch nicht Dr. Käthe
Schimacher. Sie sind eben deutsch-national, und sie sehen
in dieser neuen Partei, die ihre Forten weit aufgetan hat
für jedermann, der uns wieder zu einer starken Nation
machen will, unsere Rettung von Schmach und Untergang.
Die alten Parteien, die zum Teil nur ihr Namensschild ge-
wechselt haben, können uns nicht helfen. Am wenigsten die
ewig unveränderliche, ewig unbesiegbare Demokratie.

Unsere Lasten.

Ein Viertel des deutschen Einkommens.

Einer Neutermeldung zufolge sagte Bonar Law
im Unterhaus, der Bolschewismus könne nur Elend
verbreiten und zwar hauptsächlich in der Klasse,
die am meisten Unterstützung bedürfe. Bonar Law
erklärte, er wolle nicht sagen, daß die Alliierten
nichts gegen den Bolschewismus unternehmen würden,
er könne aber den Erklärungen Lloyd Georges in
dieser Frage nichts hinzufügen.

Ferner erklärte Bonar Law, daß über den Be-
trag, den Deutschland als Entschädigung zu za-
hlen habe, Meinungsverschiedenheiten bestehen könn-
ten. Lord Milner habe selbst gesagt, daß man einige
Beträge, wie sie von verschiedenen Seiten genannt
worden seien, unmöglich fordern könne; das wolle
aber nicht sagen, daß die Regierung nicht auf dem
Standpunkt stehe, daß Deutschland die Kriegskosten
bis zur vollen Grenze seiner Leistungsfähigkeit be-
zahlen müsse. An der Berechtigung dieser Forde-
rung könne kein vernünftig denkender Mensch zweifeln.

Wenn Deutschland nicht zu bezahlen brauche,
werde es vor den Vändern, die es ausgeplündert
habe, einen Vorprung besitzen. Bonar Law erklärte,
er stimme vollständig mit dem Arbeiterabgeordneten
Liberton, der gesagt habe, das dringende Ziel sei
ein rascher Friede, aber es sei noch notwendiger,
daß Handel und Industrie Englands mit voller Kraft
wieder ihre Arbeit aufnehmen könnten.

Bon englischer Seite ist bereits gemeldet worden,
daß Deutschland eine Kriegsentchädigung von 24 000
MILL. Pfund zahlen solle, und zwar 40 Jahre lang
800 MILL. Pfund (gleich 12 Milliarden Mark).

Das schwedische Blatt „Svenskt Handelsblad“
setzt in einem längeren Artikel, der sich auf eng-
lische, der ungeheuerlichen Forderung zugrunde lie-
gende Material stützt, auseinander, wie die Ent-

schädigung auf das Einkommen jedes Deutschen wir-
ken würde. Jeder Deutsche hätte danach während vier-
zig Jahren jährlich ein Viertel seines Einkommens
unmittelbar an die interalliierte Steuerkommission
abzuliefern, die in Deutschland während dieser Zeit
als Kontrolle eingerichtet werden soll. Zusätzlich der
Steuern, welche das Land selbst für seine Ausgaben
und Abdeckung der Kriegsanleihen braucht, würde die
Gesamtsteuerlast die Hälfte jedes Privateinkommens
verschlingen.

In Schweden rechnet man damit, daß die deut-
schen Arbeiter und die deutsche Intelligenz, um die-
ser Verklagung zu entgehen, sich mit dem Gedan-
ken der Weltrevolution vertraut machen werden.

Die Franzosen im Saargebiet.

In der französischen Kammer richtete der So-
zialist Renaudel bezüglich des Saargebiets eine An-
frage an die Regierung. Der Minister des Innern,
Pichon, antwortete, er rechne dieses Gebiet zu Loth-
ringen, er wolle aber in keiner Weise den Bestim-
mungen des endgültigen Friedens vorgehen. Aus
Rede und Antwort geht hervor, daß sich Renaudel
vergewissern wollte, ob die französische Regierung
mit der Annexion des Saargebiets rechne. Der Mi-
nister gibt die ausweichende, aber doch hinreichend
verständliche Erklärung, er rechne das Saargebiet zu
Lothringen. Dabei weiß er ebenso gut wie Renaudel,
daß das Saargebiet nichts mit Lothringen zu tun
hat. Im übrigen überläßt der Minister selbst die
Frage den Friedensverhandlungen, die ja nur auf
Grund der Wilsonschen Punkte geführt werden könn-
ten. Danach kann das rein und unvermischte deutsche
Gebiet niemals irgendwie von Deutschland losge-
trennt werden.

Die französische öffentliche Meinung wagt auch
nicht mehr, dieses Gebiet von irgendwelchen natio-
nalen Gesichtspunkten aus für Frankreich in An-
spruch zu nehmen. Was die Franzosen suchen, ist
nichts anderes, als der Bodenreichtum dieses deut-
schen Landes. Sehr naiv gibt dies die Zeitung „L'in-
formation“ unumwunden zu. Sie erklärt, die öffent-
liche Meinung Frankreichs sei der Ansicht, Frank-
reich solle das Saargebiet nicht annehmen, wohl aber
sich vom preussischen und bayerischen Fiskus das Aus-
beutungsrecht des Kohlengebietes übertragen lassen.
Das Blatt errechnet hieraus einen Reingewinn von
65 Millionen jährlich für den französischen Geld-
beutel.

Bessere Vorteile seien, daß Frankreich dann keine
ausländischen Kohlen mehr zu beziehen brauche und
somit einen Goldabfluß von 275 Millionen jährlich
vermeide. — Mit welchen Rechten sich Frankreich die
Ausbeutung eines ihm fremden Volkes und Landes
übertragen lassen will, ist allerdings nicht ersichtlich.

Obwohl die Entente in den besetzten Gebieten
strenge Brief- und Zeitungssperre aufrecht hält, drin-
gen doch hin und wieder Nachrichten zu uns, die
uns mit Sorge erfüllen.

Besonders werden anständige Frauen brutalisiert,
die sich auf der Straße ohne Paß antreffen lassen.
Es ist dabei zu bemerken, daß sich der Paßzwang
auf alle Leute über 12 Jahre erstreckt. Zur Strafe
für ein derartiges „Vergehen“ werden die betreffen-
den Frauen, darunter Gattinnen von höheren Be-
amten, Lehrern und Geistlichen, gezwungen, die Straße
zu lehren und Kartoffeln zu schälen. Letzteres müssen
sie besonders in einem Autopark in der Nähe von
Saarbrücken, wobei sie von marokkanischen Soldaten
bewacht und verhöhnt werden.

Dagegen haben es die den Franzosen willfä-
rigen Weibspersonen desto besser und genießen weit-
gehenden Schutz. In Saarbrücken wurde ein Bürger,
der einer derartigen Person ihr ehrloses Verhalten
vorgeworfen hatte, mit drei Monaten Gefängnis be-
straft. Noch schlimmer erging es dem Geheimen Ober-
baurat Gieseler in Saarbrücken, einem 70-jährigen
Mann. Er beschwerte sich darüber, daß die bei ihm
in Quartier liegenden französischen Offiziere nach
Besuch von Kokotten empfangen und wurde wegen
dieser Beschwerde zu fünf Monaten Gefängnis ver-
urteilt.

Dieser Tage stellten sich zwei Vertreter der Be-
völkerung des Saargebiets in Berlin ein, um an
den maßgebenden Stellen um Ueberfendung von Le-
bensmitteln geradezu zu betteln, da in den dortigen
Gebieten wahre Hungernot herrscht. Die Franzosen
sorgen nur für die Berg- und Hüttenarbeiter, an
deren Arbeitskraft ihnen liegt.

Kindern und Kindestindern im Saargebiet wird
die furchtbare Not und Schmach dieser Franzosenzeit
im Gedächtnis bleiben.

D. N. V.

Das Sozialisierungsgesetz.

Die Reichsregierung hat beschlossen, dem Staatenaus-
schuß sofort ihre Entwürfe zu einem Gesetz über die Kohlen-
wirtschaft zur Einbringung an die Nationalversammlung
vorzulegen. Da die erforderliche Umarbeitung des gegen-
ständlichen Gesetzes eingehende gezielte Vorbereitungen
erfordert, konnte dieser Gesetzentwurf noch nicht rechtzeitig
mit dem Sozialisierungsgesetz und dem Gesetz über die
Kohlenwirtschaft vorgelegt werden. Doch sollen die Arbeiten
so schnell wie irgend möglich durchgeführt werden.

Der vorliegende Entwurf lautet:

§ 1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körper-
lichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesam-
theit von ihm erfordert. Die Arbeitskraft als höchstes Wirt-
schaftsgut der Nation steht unter dem Schutze des Reiches.
Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit,
durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein
Leben zu unterhalten; soweit er Arbeitsgelegenheit nicht
zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen
Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen
Mitteln gewährt.

§ 2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, ins-
besondere Bodenschätze und Naturkräfte in die deutsche Ge-
meinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und
Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Ge-
meinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Ge-
meinden oder Gemeindeverbände zu regeln, ist Sache des
Reiches.

§ 3. Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirt-
schaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbst-
verwaltungskörper werden vom Reich beauftragt. Das
Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der
Besörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4. In Ausführung der in § 2 vorgesehenen Befugnisse
wird ungeschmäht durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung
in Brennstoffen, Wasserkraften und sonstigen natürlichen
Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie
(Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspun-
ten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlen-
wirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft
gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

Deutsches Reich.

Zur Versorgung bis zur Ernte.

Der amerikanische Pressedienst meldet drahtlos:
Der Rat der Großmächte unternahm eine Al-
tion, um die ziemlich akute Situation zu erleich-
tern, die durch den Abbruch der Unterhandlungen
in Spaa hervorgerufen wurde. Eine endgültige Al-
tion ist verhandelt worden. Aber inzwischen haben Lloyd
George, Clemenceau und Oberst House eine Entschlie-
ßung gebilligt, die Lord Robert Cecil entworfen hat,
um die Angelegenheit wieder in Ordnung zu bringen.

Diese Entschließung sieht eine Auslieferung der
Schiffe gegen Versorgung Deutschlands bis zur Ernte
vor. Zahlung soll in Kohle, Pottasche, Nitraten und
anderen Produkten, welche Deutschland hat und welche
die Alliierten gebrauchen, erfolgen. Ein Einverständ-
nis ist zwischen den englischen, französischen und
amerikanischen Mitgliedern erreicht worden, so daß
die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der oberste
Rat morgen die Vereinbarung endgültig beschließen
wird und die Verhandlungen in Spaa wieder auf-
genommen werden können.

Der deutsche Standpunkt.

Nach Abbruch der Verhandlungen hat die deutsche Re-
gierung ihren Standpunkt in einer längeren Note an die
Gegner dargelegt, in der es u. a. heißt:

Die assoziierten Regierungen haben in den jetzt in
Spaa geführten Verhandlungen und den vorhergehenden
Noten der letzten Zeit mehrfach hervorgehoben, daß die
deutsche Regierung die Flotte zur Verfügung stellen müsse,
ehe mit der Einfuhr nach Deutschland begonnen werden
könnte. Dieser Standpunkt wird deutscherseits geteilt; denn
die Flotte wird ein Mittel sein, um die

Versorgung Deutschlands

(und des übrigen Europa) in die Wege zu leiten. Nicht aber
hat Deutschland durch zur Verfügungstellung der Flotte
vorgesehen, bevor eine Bindung der assoziierten Regierun-
gen (Menge und Preis der Waren, sowie insbesondere deren
Finanzierung) dafür vorliegt, daß ausreichende Einfuhren
auch tatsächlich erfolgen werden. Deutschland mußte schließ-
lich annehmen, daß diese Auffassung von den assoziierten Re-
gierungen selbst geteilt wird.

Die deutsche Regierung hat genügend oft betont, daß
sie sich ihrer Verpflichtung zur Verfügungstellung der Han-
delsflotte in keiner Weise entziehen will, und sie empfindet
tief die

ist verhängnisvolle Lage

in die sie durch das Scheitern der jetzigen Verhandlungen
gebracht ist, daß die Lebensmittelfuhr in unbestimmte Ferne
rückt. Sie konnte aber angesichts einer Sechslage, bei der
sie durch das Schwerkriegs aller rechtlichen und sittlichen
Gründe gestützt ist, vor ihrem Volk und der Geschichte
nicht die Verantwortung dafür tragen, die deutsche Flotte
unter die Kontrolle der Assoziierten zu stellen, ohne daß
der Friede gesichert war, für den diese harte Maßnahme
bestimmt ist.

Reichsversicherung für Erwerbslose.

Der Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge von
Groß-Berlin hat beschlossen, bei der Reichsregierung
dahin vorzustellen zu werden, daß mit möglicher Be-
schleunigung die reichsgesetzliche Erwerbslosenversicherung
gegen Arbeitslosigkeit zur Einführung gelangt.

Die Lage im Osten.

Die Polen denken gar nicht daran, die Waffen-
ruhe einzuhalten. Donnerstag vormittag zeigte sich
hinter der Straße Kafel—Steinburg eine polnische Pa-
trouille, die die Schleuse 11 beschoß und erst durch
einer Feuer vertrieben werden konnte. Auch Schleuse 7
wurde von Infanterie beschoßen. Abends erhielt einer
unserer Posten an der Chausseebrücke bei Lindendorf
Feuer von einer polnischen Patrouille.

Konferenz in Bromberg.

Am 5. März traf in Bromberg eine Reihe deut-
scher Vertreter der Waffenstillstandskommission, des
Auswärtigen Amtes, der Obersten Heeresleitung und
der preussischen Verwaltung ein. Bis spät in die
Nacht hinein fanden Besprechungen im engsten Kreise
mit Vertretern der Zivil- und Militärbehörden statt.
Am Donnerstag vormittag wurde im Regierungs-Gebäude
unter Leitung des Regierungspräsidenten eine
Sitzung abgehalten, in der die Führer der deutschen
Abordnung die Wünsche der deutschen Bevölkerung
entgegennahmen. Später wurde eine polnische Ab-
ordnung empfangen, die polnische Wünsche zum Vor-
trag brachte. Die weiteren Verhandlungen werden
nunmehr in Polen stattfinden.

Belagerungszustand über Allenstein.

Im Bereich des 20. Armee-Korps, dessen Sitz sich
in Allenstein befindet, ist mit Rücksicht auf den mit
Polen bestehenden tatsächlichen Kriegszustand der Be-
lagerungszustand verhängt worden.

Blutiger Zusammenstoß in Thorn.

In Thorn kam es zu einem blutigen Zusam-
menstoß zwischen drei Soldaten und zwei Zivilisten,
wobei ein Zivilist erschossen, ein anderer verletzt
und ein Soldat durch einen Messerstich in den Hals
tödlich verwundet wurden.

Ausland.

Militärische Unruhen in England.

Wie Reuter aus London berichtet, kam es im
Militärlager von Abhl (Wales) zu ersten Unruhen.
25 000 Kanadier warteten hier auf die Ueberfahrt
nach Kanada. Es kam zu Schießereien und Plün-
dierungen der Lagerräume. Man spricht von 25 bis
27 Toten und von 75 Verwundeten. Unter den
Getöteten befindet sich auch ein Major, der den
Versuch unternommen hatte, die Plünderer zurück-

zuhalten. Ein anderer Offizier, der den Major befreien wollte, wurde so schwer mißhandelt, daß er an den erlittenen Verletzungen verstarb. Die Führer der Aufstandsbewegung sind verhaftet worden.

Es sollen strenge Maßnahmen gegen sie in Aussicht genommen sein. Auch Zivilpersonen beteiligten sich an den Unruhen. 12 von ihnen wurden verhaftet und dem Gericht übergeben. Die amtliche Mitteilung über die Vorgänge hebt hervor, daß die Unruhen einen rein lokalen Charakter trugen und die ausschließliche Folge der langsamen Heimbeförderung der Mannschaften nach Kanada sei. Man hatte den Soldaten die baldige Heimbeförderung in Aussicht gestellt, aber infolge des Schiffsraummangels habe man dieses Versprechen bis jetzt noch nicht einlösen können.

Gerichte von der Rückeroberung Riga.

Laut „Daily Mail“ ist in London der Bericht eingegangen, daß die deutschen Truppen in den Ostseeprovinzen den Bolschewisten eine schwere Niederlage beigebracht haben und Riga zurückeroberten.

Nationalversammlung.

Weimar, 10. März 1919.

Ernährungsinterpellation. Dem. Petersen: Die Regierung wird dem deutschen Volke mit Wahrheit und Klarheit sagen müssen, wie die Lage ist, andererseits wird sie das moralische Gefühl des Volkes anrufen. Arbeitseinstellungen müssen aufhören, damit vorhandene Vorräte nicht aus Furcht vor Unsicherheit vergeudet werden und die neue Ernte gesichert wird. Wir fordern speziell Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Landwirte, Abbau der Kriegsorganisation. Zweitens brachten wir eine Interpellation ein, um an das Weltgewissen zu appellieren. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht nur zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Bolschewismus Deutschland und schließlich ganz Europa überschwemmt, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die helfen können, aber nicht wollen.

Zur Begründung der Interpellation der Deutsch-nationalen und Volksparteier über die Abstellung der Notlage der Landwirtschaft erklärt der Deutsch-nationale Seiler: Wir stehen vor einer Katastrophe, wenn bezüglich der Produktion künstlicher Düngemittel und Beschaffung nötiger Arbeitskräfte für die Landwirtschaft nicht Abhilfe geschaffen wird. Wir müssen Vorkehrungen treffen, daß wir zukünftig vom Ausland unabhängig produzieren. Dank der Leistungen unserer Chemie kann die Frage, ob die deutsche Landwirtschaft imstande ist, unser Volk zu ernähren, restlos bejaht werden. Die Zwangswirtschaft muß nach den Vorschlägen Roskies abgebaut werden. Ablieferung bestimmter Mengen ist zu verlangen. Im übrigen muß den Landwirten völlige Freiheit gelassen werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch Privatbetrieb, nicht Sozialisierung.

Ernährungsminister Schmidt: Die Frage der Interpellation, ob unsere Ernährung bis zum nächsten Wirtschaftsjahre ausreicht, muß ich verneinen. Ob wir den Fehlbetrag durch Herabsetzung der Rationen werden decken können? Das wird nicht möglich sein, denn sie sind schon so niedrig, daß eine weitere Herabsetzung unmöglich ist. übrig bleibt also nur, den Fehlbetrag durch Einfuhr aus dem Ausland zu decken. Im deutschen Volk, gerade in der Arbeiterschaft, war vielfach der Glaube verbreitet, daß ritterliche Gegner sofort nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes das Kampfmittel der Blockade aufheben würden. Aber ich will nicht als Bettler vor der Entente stehen.

Auch in Zeiten bitterer ernster Not hat unser Volk Anspruch auf volle Gerechtigkeit. Leider sind Haß und Leidenschaft so entfesselt, daß die Stimme der Vernunft erstickt wird. Der Appell an die menschliche Gerechtigkeit verhallt. Alles spricht dafür, daß der Wirtschaftskampf auch nach dem Friedensschluß mit aller Schärfe fortgesetzt werden soll. Englische schwarze Listen sind erst jüngst durch holländische Firmennamen erweitert worden, die mit deutschen Häusern Handel trieben.

Verschiedenes.

— **Zahlungsverkehr.** Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung hat alle amtlichen Stellen, welche vertraglich oder gesetzlich Zahlungen zu leisten haben, angewiesen, diese mit tunlichster Beschleunigung auszuführen, damit Unternehmer, Handwerker und Kaufleute auch ihren Verpflichtungen nachkommen können. In dazu geeigneten Fällen sollen auch Teilzahlungen erfolgen.

— **Aufs Land!** Das Reichsernährungsamt hat sich bereit erklärt, allen aufs Land ziehenden Arbeitern, so weit sie in Selbstversorger-Betriebe beschäftigt werden, die gleiche Ernährungsration zuzusichern wie den Selbstversorgern.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche beabsichtigen, aus der Groß- oder Mittelstadt aufs Land zu ziehen, sich an die öffentlichen Arbeitsnachweise wenden müssen, welche am besten Auskunft darüber geben können, wo Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Große Wohnungsnot in Dortmund.

Die Stadtverwaltung Dortmund vermag der elementaren Wohnungsnot trotz energischer Maßnahmen nicht Herr zu werden. Es fehlen gegenwärtig in Dortmund rund 3000 Wohnungen, denen gegenüber eine Vermehrung des jetzigen Wohnungsbestandes um kaum mehr als die Hälfte in absehbarer Zeit erwartet werden kann. Durch die unklaren Verhältnisse sind die großen industriellen Werke davon abgehalten, ihre Pläne zur Behebung der Wohnungsnot durch Errichtung von Neubauten auszuführen. Während das Eisen- und Stahlwerk Hoesch an der Annaer Straße mit dem Bau von 81 Wohnhäusern wenigstens den Anfang machen konnte, fehlt es der Union an Baugelände. Auch die Gewerkschaft Dortfeld und die Zeche Minister Stein hat vorläufig von dem beabsichtigten Wohnungsbau Abstand genommen. Dagegen steht die Errichtung von vierstöckigen Wohnhäusern durch den Spar- und Bauverein bevor. Um der größten Not zu steuern, sollen die Kosten der Wohnbarmachung leerstehender Räume nötigenfalls vorläufig von der Stadt getragen werden. Eine Eingabe an den Staatskommissar um Zuschüsse ist bereits erfolgt.

— **Eine Masseneingabe für die Erhaltung der christlichen Schule** hat in der Provinz Hannover bisher in 690 Gemeinden rund 525 000 Unterschriften gefunden. In manchen Gemeinden haben alle oder doch fast alle wahlfähigen Gemeindeglieder unterschrieben. Die Zahl der Unterschriften wird noch erheblich zunehmen.

— **Elßaß-Lothringer,** die nach der feindlichen Befehung aus dem Elßaß ausgewiesen sind, sollen nach einer Anordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung hinsichtlich ihrer eotl. Unterbringung in Stellungen wie Kriegsteilnehmer behandelt werden. Insbesondere soll der § 11 der Verordnung vom 24. Januar d. J. über die Einstellung, Entlohnung und Entlassung von Angestellten auf sie Anwendung finden.

Der Kleinkrieg.

Die Spartakisten führen, nachdem ihr einheitlicher großer Putsch auf dem Alexanderplatz niedergeschlagen worden ist, einen Kleinkrieg gegen die Regierungstruppen im Norden und Osten Berlins sowie in Neutölln. Der große Putsch hat sich in kleine Putschchen aufgelöst, in Barrikadenkämpfe und Ueberfälle an verschiedenen Punkten der Stadt. Die Regierungstruppen ihrerseits begegnen diesem Kleinkrieg mit einer umfangreichen Waffensaktion, die am Sonnabend vormittag im Norden und Osten Berlins begonnen hat und zu einer gründlichen Säuberung der Stadt von bewaffneten Spartakisten führen soll. In einigen Tagen wird der spartakistische Aufstand vollständig und gründlich hoffentlich auch für die Dauer unterdrückt sein. Der Belagerungszustand bleibt zunächst aufrecht.

• **Von glühendem Eisen verbrannt.** Als die auf der Fabrik von Post Schöne in Jagen (Westf.) arbeitenden Gießereiarbeiter Schilling und Hirschmann eine Pfanne voll flüssigen Eisens zum Hvede des Gießens forttrugen, kam Schilling so unglücklich zu Fall, daß er von dem glühenden Eisen völlig übergossen wurde, während Hirschmann leichtere Verletzungen davontrug. Beide wurden dem Hospital zugeführt, wo Schilling unter großen Schmerzen bald starb; dem Hirschmann mußte ein Bein abgenommen werden. Die beiden waren erst kürzlich gesund aus dem Felde zurückgekehrt.

Letzte Nachrichten.

Befanntgabe der Vorriedensbedingungen am 19. März.

Zürich, 10. März. „Corriere“ meldet aus Paris: Die Verbändler werden am 19. März an Deutschland und am 25. März an Österreich-Ungarn die Bedingungen bekanntgeben, die zum Vorfrieden führen.

Rotterdam, 10. März. „Times“ meldet aus Paris: Die Verbandskonferenz hat am Freitag den Antrag der politischen Kommission angenommen, der die Anerkennung der Rechte Frankreichs auf Elßaß-Lothringen ohne vorherige Volksabstimmung ausspricht.

U. Genf, 10. März. Nach einer Drahtmeldung aus Paris hat sich im Einverständnis mit Clemenceau dem Verbänderrat vorgeschlagen, Deutschland ein jährliche Kriegsschadigung von 8 Milliarden Francs aufzulegen, die 50 Jahre hindurch gezahlt werden sollen.

Genf, 10. März. „Echo de Paris“ erklärt, daß die Verbändler den deutschen Widerstand gegen die Auslieferung der Handelsflotte durchaus nicht leicht nehmen. An ein Nachgeben der Alliierten sei aber nach den Versicherungen der Presseabteilung nicht zu denken. Die an Deutschland zu gebende Antwort werde in den nächsten Tagen abgehen.

Kristiania, 10. März. Der frühere russische Ministerpräsident Trepow ist auf der Fahrt nach London und Paris. Trepow weigert sich, über seine Reise Angaben zu machen, doch glauben die Zeitungen, daß dieselbe im Zusammenhang steht mit der Friedenskonferenz.

Deutschland und der Völkerbund.

Genf, 10. März. „Homme Libre“ schreibt, die von Deutschland vor seiner Aufnahme in den Völkerbund einzuhaltende Bewährungsfrist ist auf zwei Jahre festgesetzt. Frankreich selbst glaubt nach den Vorgängen in Deutschland nicht mehr an die Wiederherstellung gesetlicher Zustände in Deutschland ohne Eingreifen der Verbändler.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Kraa, Vertheil.
Druck und Verlag: Druckerlei Bethel bei Bielefeld, Hermann 11, Amt Bielefeld

Ein gutes Buch ist das beste Konfirmationsgeschenk!

Der Sternensohn.

Geschichtliche Erzählung aus der Zeit des Kaisers Hadrian. Von Albrecht Thoma.

Illustriert. In Velinen geb. mit farb. Deckbild M. 4.80. In geprägtem Velinen-Geschenkbund M. 5.40.

Eine fesselnde Erzählung über den letzten Freiheitskampf der Juden mit den Römern. Bar Kochba, der letzte Messias, steht im Vordergrund des mit verblüffend gründlicher Kenntnis und Vokalechtheit und zugleich mit dramatischer Schlagkraft geschriebenen Buches. Sein Aufstieg und sein Untergang werden ergreifend geschildert. (P. Lic. Vid.)

Geschichte eines junges Mädchens.

Von Cornelia von Revenow. Neue Ausgabe mit Buchschmuck von H. Kaufmann. Häftig gebunden M. 3.60.

Die Erzählung behandelt die Erlebnisse einer „Silige“, ist sehr lebenswahr und allen jungen Mädchen herzlich empfohlen.

Wegblumen.

Gedichte von Luise Koll. Mit feinen Zeichnungen von Meta Voigt. Häftig kart. M. 2.50; fein gebunden M. 3.00.

Die erste Auflage dieses feinen Gedichtbandes war in 4 Wochen vergriffen, ein Beweis, daß darauf gewartet werden ist.

„Ein wunderschön ausgestatteter Band warmempfundener Gedichte.“

„Ich habe selten eine Gedichtsammlung in Händen gehabt, die mich so voll befriedigt hätte, wie die vorliegende. Gewandt in Form und Ausdruck, tief an Inhalt, führen die Gedichte zum Blick empor. Ausstrahlung und Buchschmuck stehen noch auf bemerkenswerter Höhe.“ (Vote für Pommeren.)

Auf alle Preise kommen 10% Teurungszuschlag zur Berechnung, Verpackungsgebühren und Porto außerndem.

Bestellungen richte man freundlichst an die

Buchhandlung der Anstalt Bethel,
Bethel bei Bielefeld.

Gute Andachtsbücher

empfohlen und zu beziehen durch die

Buchhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Conrad, D. Dr., Geh. Konf. Rat., Trost und Kraft. 31-40. Tausend, geb. 5.00
Clemens, A., Tägliche Andachten. 68.-78. Tausend, geb. 3.25
Marx, Lebensbrot. Tägliche Andachten über das Evangelium Matthäus und den Väterbrief und den Vater, mit Bildmengenblatt, Familienchronik und 3 Bildbüchern von D. Hofmann und Schöner, geb. 5.00
Spenner, Kleiner Pilgerstab, geb. 6.60
Schilleman, Hausandachten nach Luther, Kuhn, Herberger, G. H. Müller u. a., in Velinen geb. 2.40
Sobstein, Tägliche Festzeiten, geb. 2.20
Burker, Prof. Dr. Hausbrot für evangel. Christen, geb. 4.00
Burker, Prof. Dr., Abendsegen, 26.-32. Tausend, geb. 4.00
Burker, Prof. Dr., Morgen- und Abendsegen, geb. 8.00

Klingholz, Gläubig aufwärts, tägliche Hausandachten, gebunden (mit Aufschnitt) 2.80
Klingholz, Gläubig aufwärts, in Velinen mit Wohlstand, geb. 4.00
Klingholz, Gläubig aufwärts, in echt Leder mit Wohlstand, geb. 6.00
Brocker, D. von, Ein feste Burg ist unser Gott, tägliche Andachten in Schmuckdrucken mit Auslegung und umfangreicher Familienchronik, geb. 4.00
Kndt, Morgenklänge aus Gottes Wort, elegant in Velinwand gebunden 7.75
Die Bibel für die Hausandacht in drei Jahren, gängen, hübsch gebunden, 3.00
Schäfer, H. H., Andachtsbuch. Am Antrage der „Dortfelder“ herausgegeben. Mit Bildern von E. Richter, Rad. Schäfer und Th. Hermann, geb. 6.00
Sogatz, G. v., Glühendes Schachtfeld. Morgen- und Abendandachten, neu bearbeitet von H. Stölde, in Gabelnetzen gebunden 3.60

Auf alle Preise, die nach dem gegenwärtigen Stand angegeben sind und unter Umständen noch erhöht werden dürften, kommt noch ein Teurungszuschlag von 10% zur Anrechnung. Porto und Verpackung außerndem.

Zur Frühjahrsbestellung

des Gartens gehört unbedingt ein gutes Gartenbuch, da nur an Hand eines solchen alle Vorteile gewahrt und Verluste und unnötige Ausgaben und Arbeit vermieden werden können. Bestellen Sie, wenn Sie einen Garten besitzen, heute noch das albekannte, in 4. von Garteninspektor a. D. M. E. Eibel neu bearbeitete Auflage erschienene Gartenbuch, beistellt:

Der Hausgarten in Stadt und Land.

Von Dr. Fr. B. Hoffacker.

Gebunden Preis M. 3.75 und 10% Teurungszuschlag. Porto und Verpackungsgebühr außerndem.

Buchhandlung der Anstalt Bethel,
Bethel bei Bielefeld.

Sämereien

aller Art
für Garten und Feld

in größeren u. kleineren Mengen bieten wir für die bevorstehende Saatzeit an. Preisliste versenden wir gern auf Wunsch.

Samenhandlung der Anstalt Bethel
bei Bielefeld.

Zu kaufen gesucht Nationalkontrollkassen

Totaladdierer, auch Mehrzähler. Barzahlung. Angebote erbeten u. J. V. 9973 an die Exp. d. Stg.

Der meistgelesene Roman der letzten Jahre, ein hochvolles, tief angelegtes Werk!

Die heilige und ihr Narr.

Von Agnes Günther.

50.-54. Auflage. 2 Bände.

Gebunden 12.-, 10% Teurungszuschlag und Verpackungsgebühr außerndem.

Seit länger als einem Jahr war das Werk vergriffen. Jetzt hat sich eine neue Auflage ermöglichen lassen, durch Druck im neutralen Ausland. Sie ist auf gutem Papier gedruckt und dauerhaft und hübsch gebunden. Wir empfehlen das feine Buch, für das die gebildete Frauenwelt begeistert ist, auf die beste. — Bestellungen richte man freundlichst an die

Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.

Jeder Schlachter auf dem Lande.

der noch Borsten liegen hat, kann sie ablegen zu guten Preisen bei dem

Bürkenmacher Adolf Mühlenweg,
Bielefeld, Ed. Windhorst. 30.